

Vereinten Nationen gehören würde. Bisher hat aber leider die Massentragedie der Austreibungen das Schicksal der Zurückgebliebenen überschattet. Sie dürfen nicht vergessen werden! Sie sind Menschen ohne Menschenrechte. Sie sind in ihrer großen Mehrheit Nachkriegsgefangene, die als menschliche Kriegsbeute zurückbehalten worden. Auch wenn sie nicht als eigentliche Kriegs- oder Zivilgefangene hinter Stacheldraht gehalten werden, sind sie in der Regel bei der Arbeits- und Wohnungszuweisung schlechter gestellt als die Durchschnittsbürger der Satellitenstaaten. Ihr Schicksal ist selbst hinter dem Eisernen Vorhang ein außergewöhnliches, weil sie kulturell völlig entrechtet werden.

Es bleibt dem Großmut der jeweiligen Machthaber anheimgestellt, ob sie auf der Straße oder in Geschäften oder am Arbeitsplatz ihre Muttersprache sprechen dürfen. Jede Zeile deutscher Lesestoff wird ihnen von den Kommunisten unter dem Gesichtspunkt zugemessen, inwieweit auch in den Kreisen der Rechtlosen Propaganda für Produktionssteigerung gemacht werden soll. Die Kinder dieser Beutedeutschen werden in den Schulen im Geiste eines kommunistisch-panslawistischen Chauvinismus erzogen. Und wenn alle diese Mittel nicht ausreichen, um die deutschen Restminderheiten zu liquidieren, dann kommen jene kollektiven Einbürgerungsdekrete, wie jenes tschechische Gesetz vom 21. April 1953, das den im Staatsgebiet lebenden Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft "wiederverlichen" hat, ohne daß sie sich durch einen persönlichen Willensakt darum beworben hätten. Diese Zwangseinbürgerungen haben dann die groteske Folge, daß freigelassene Strafgefangene nicht zu ihren Familien nach Deutschland ausreisen dürfen, weil sie keinen "Anspruch" auf freiwillige Ansiedlung mehr haben...

Als Arbeitsklaven zurückbehalten

Wenn das ganze Spiel nicht auf dem Rücken tausender schuldloser Familien ausgetragen würde, denen die Zusammenführung acht Jahre nach Kriegsende noch immer verweigert wird, so könnte es im Hinblick auf die geplante Vierer-Konferenz auch seine guten Seiten haben, daß die Austreibungsbeschlüsse von Potsdam durch das Verhalten der Austreibungsländer selbst ad absurdum geführt werden. Die Propagandisten der Volksaustreibungen behaupteten doch vor den Potsdamer Beschlüssen den Polen und Tschechen - und sogar den Ungarn - könne nicht zugemutet werden, noch länger mit Deutschen zusammenzuleben. Mit dieser quasi-moralischen Begründung wurden später die Austreibungen vollzogen. Sogar Deutsche, die schwer unter der Verfolgung des Nazi-Regimes gelitten hatten, wurden im Sinne des Kollektivschuldgebegriffes ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt. Auch mit solchen Menschen hielt der offizielle Chauvinismus der Tschechen und Polen ein weiteres Zusammenleben unmöglich. Der gleiche Zweck-Chauvinismus konnte sich aber von jenen Deutschen nicht trennen, die er als wertvolle Arbeitskräfte ansah. Die Kollektivstrafe der Austreibung wurde in den Gnadenakt der Freigabe oder Nichtfreigabe verwandelt. Auf diese Weise sind nicht nur industrielle Schlüsselkräfte zurückbehalten worden, sondern auch Bergleute und ganz willkürlich herausgegriffene Kräfte, die man zu Landerarbeitern oder Kolchos-Robotern degradierete. Die bürokratischen Winkelzüge, mit denen man diesen Menschen

das in Potsdam statuierte Recht auf freiwillige Umsiedlung nach Deutschland vorenthielt, sind ein düsteres Kapitel für sich.

Vergessene Europäer

Das schlechte Gewissen der westlichen Signatarmächte von Potsdam hat bisher das Problem der in den Austreibungsländern vertriebenen Deutschen ignoriert. Wohnten sie an einem strategischen Punkt Europas, etwa in der Umgebung von Triest, dann läge das Scheinwerferlicht der Weltpresse auf ihrem traurigen Schicksal und ihr Selbstbestimmungsrecht wäre Gegenstand internationaler Verhandlungen. Hier geht es jedoch um eineinhalb Millionen Europäer, die Europa vergessen hat. Diese Menschenzahl kann nicht einmal in den Maßstäben der internationalen Politik als eine Bagatelle betrachtet werden. Sie ist zweimal so groß, wie die Gesamtbevölkerung jener kleinasiatischen Republik Libanon, die in den Hauptstädten der Welt anerkannt und in den Vereinten Nationen vertreten ist. Die Tatsache, daß diese eineinhalb Millionen in Potsdam mit ein paar Federstrichen verkauft und als vogelfrei erklärt wurden, kann für Großbritannien und die USA keine Begründung für ein dauerndes politisches und moralisches Desinterressement sein. Dieses Problem geht in der Tat alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an, welche die Charta der Menschenrechte beschlossen haben.

Brüderlich verbunden

Zunächst fällt die Anwaltschaft für die in den Austreibungsländern zurückgebliebenen Deutschen in erster Linie ihren Landsleuten zu, die Opfer der Austreibungen geworden sind. Sie wird geteilt werden von allen politischen Kräften in Westdeutschland, die an der Seite des Heimatanspruches der Vertriebenen stehen. Jeder Schritt, der in der Richtung einer friedlichen Lösung der deutschen Frage gelingt, wird auch den Deutschen jenseits der Oder-Neiße und des Böhmerwaldes zugute kommen. Nichts kann uns mittlerweile daran hindern, daß wir uns in brüderlicher Solidarität mit den rechtlosen deutschen Menschen in den Austreibungsländern verbunden fühlen. Wenn sie am Heiligen Abend ein ferner Klang des "Stille Nacht, heilige Nacht..." über eine Ätherwelle erreicht, dann mögen sie wissen, daß sie nicht vergessen sind. Auch ihre Schicksalsfragen werden bei einer friedlichen Neuordnung Europas aufgerollt werden und auch ihnen, den vergessenen Europäern, wird noch einmal ein Weihnachtsbaum des Glückes und der Freiheit leuchten!

+ + +

Was will Bidault ?

G.S.-Paris

Was wird nun, nach der Wahl des Präsidenten, in Frankreich geschehen? Zunächst wird sich der Kampf zwischen den Anhängern und Gegnern der EVG erbittert zuspitzen. Nicht zufällig wurde in der gesamten französischen Presse jene Stelle der Erklärungen Adenauers vor der diplomatischen Presse hervorgehoben, in der von einer "friedlichen Einigung" Deutschlands die Rede war. Man kann sich hier (und im Grunde nirgendwo) vorstellen, auf welche Weise es "friedlich" zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen könnte. Das große Argument der EVG-Gegner besteht eben darin, daß eine Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen der EVG unvermeidlicherweise zu einer neuen deutschen "Dynamik" und damit zu aggressiven Absichten gegenüber den verlorenen Ostgebieten führen müßte. In Frankreich hat man wenig für diese Dynamik übrig. In fast allen Kreisen wird es als Axiom angesehen, daß die gegenwärtigen deutschen Grenzen als "dauerhaft" zu betrachten seien, und jeder Gedanke an eine Revision oder an eine "Befreiung" der osteuropäischen Länder (in aggressiver oder friedlicher Form) wird von den Franzosen als unrealistisch betrachtet.

Wie dem auch sei: Konnte man nach der großen außenpolitischen Debatte im französischen Parlament der Auffassung sein, daß innerhalb der Nationalversammlung eine knappe Mehrheit für die Ratifizierung des EVG-Vertrages bestehe, so erscheint es jetzt schwierig, diese Auffassung aufrecht zu erhalten. Auf den Bermudas und in der NATO hat Bidault - ob gewollt oder nicht - der EVG den Todesstoß versetzt. Die Frage besteht darin, in welcher Perspektive Bidault seinen Vorschlag machte, die EVG in der NATO zu "ersäufen", wie sich eine Persönlichkeit des Quai d'Orsay einem Journalisten gegenüber ausdrückte. Zweifellos hatte Bidault mit einer Art amerikanischen Ermüdung über die französische Haltung gerechnet und nicht geglaubt,

daß Foster Dulles so unerhört deutlich werden könnte.

Die Frage, vor die sich Frankreich jetzt gestellt sieht, ist diese: Hat Frankreich die Macht und die Kraft, den amerikanischen Forderungen auf die Dauer zu widerstehen? Die Haltung Bidaults muß umso merkwürdiger erscheinen, als diese Frage wohl vernunftgemäß worden muß. Nichts ist seit Kriegsende geschehen, um Frankreich wirtschaftlich, sozial und politisch auf eine Grundlage zu stellen, die es ihm gestatten könnte, sich den Einflüssen zu entziehen, die sich dauernd bemerkbar machen. Frankreich will selbständig sein, tut allerdings wenig dazu, um es zu werden. Die indochinesische Frage kann als Schulbeispiel für diese Haltung betrachtet werden: Frankreich kann sich einerseits nicht dazu entschließen, ernsthaft an Verhandlungen mit Ho Chi Minh zu denken, ist aber andererseits darüber empört, daß die Vereinigten Staaten, die einen großen Teil der Waffen liefern, sich "anmaßen", in Indochina politischen Einfluß zu gewinnen.

Wir wissen nicht, was Bidault als eigene Perspektive vorschwebt - wohl kaum eine neue Allianz mit der Sowjetunion, an die zahlreiche Franzosen heute umso mehr denken, als die sowjetische Propaganda nicht ohne Wirkung bleibt. Was will Bidault also erreichen? Das ist die entscheidende Frage, die man sich heute überall in Frankreich stellt.

+ + +
Orwell hat sich geirrt

P.H. In der neuesten russischen Enzyklopädie, die vor wenigen Wochen ausgeliefert wurde, ist der Name des ehemaligen Staatspolizeichiefs Beria nicht erwähnt. Das Buch kam um mehrere Monate später als beabsichtigt heraus, weil Berias Name aus ihm entfernt werden mußte. In früheren Ausgaben der Enzyklopädie war der Genannte u.a. als Organisator der kommunistischen Bewegung in Georgien gefeiert und ebenso waren seine Verdienste um das Sowjetregime hervorgehoben worden. Der bekannte englische Schriftsteller George Orwell schrieb in seinem utopischen Roman "1984" über eine "Unperson". Es handelte sich hier um einen liquidierten Abtrünnigen, der in der "Neusprache" nicht mehr erwähnt werden darf. Orwell hat sich geirrt. Wir schreiben erst 1953 und Beria ist jetzt schon zu einer solchen Unperson geworden.

+ + +

Warmer Winter - "schwarze" Kohlen

Der pausenlose Strom der LKWs rollt schon lange nicht mehr ohne Fracht vom Ruhrgebiet zurück nach Süddeutschland. Seit der winterlichen Schwarzmarktzeit der Jahre 1949, 1950 und noch 1951/52 wurde nicht mehr so viel illegale Kohle befördert wie in dieser Vorweihnachtszeit, die - die wärmste seit über 100 Jahren ist! Zugleich melden die Zechen wachsende Haldenbestände und der Kohlenhandel eine geschäftliche Flaute von bisher kaum gekannten Ausmaßen.

Nichts an diesem Winter 1953/54 ist so grotesk wie das Problem Kohle, nicht einmal das frühlingsähnliche Jahresende! Es gibt noch oder wieder einen "Schwarzen Markt" für Kohle, aber es herrscht nicht Kohlenmangel, sondern -überfluß! Und als Folge des Überflusses ging der Kohlenhandel nicht etwa herunter mit den Preisen, sondern seit Mai des Jahres herauf! Und das, was der Schwarzhandel anbietet, ist nicht strafbar wegen der etwa geforderten Überpreise, sondern es ist kaum und nur mit weithergeholten Paragraphen verfolgbar wegen der Unterpreise! Die Leute aber, die an den "schwarzen" Kohlen des Überflusses verdienen, sind zum großen Teil genau dieselben, die sich schon auf dem gleichen Wege bereicherten, nur daß die Kohle damals knapp war und noch mehr D-Mark einbrachte. Viele dieser Leute sind bereits wegen des alten Schwarzhandels unter Anklage gestellt, aber aufgrund beachtlicher Routine ihrer Rechtsberater noch nicht abgeurteilt worden. In der Zwischenzeit fielen manche erwartungsgemäß unter die Amnestie, andere nicht. Aber bis sich deren Geschick geklärt hat, haben sie alle noch viel zu tun: Nämlich mit dem neuen Trick schwarzzuhandeln ...

Illegaler Handel auf vollen Touren

Der illegale Handel läuft auf vollen Touren. Sein Preis beziffert sich auf M 60,- bis 65,- die Tonne, die legale Konkurrenz liegt rd. M 20,- darüber. Die Preisunterbietung kommt aber auch getarnt zum Ausdruck durch erhebliche Frachtverbilligung. Das ist interessant für die Bewohner südlich der Mainlinie, wo heute (zwischen Rhein und Ruhr ist das fast unbekannt) ein ausgesprochener Kohlenmangel, vor allem an Brikketts, herrscht. Hier kommen die Fernlastfahrer bzw. die großen Fuhrbetriebe zum Zuge, die neben dem Kumpel gleichsam das Hauptaggregat im diesjährigen Schwarzhandel darstellen: Leerfahrten vom Ruhrgebiet zurück nach Süd- oder Südwestdeutschland gibt es nicht mehr; es kommt sogar vor, daß jedes andere Frachtgut abgelehnt wird. Man fährt Kohle - wie einst im Mai! Dabei ist nicht etwa gesagt, daß der Transportunternehmer am Schwarzhandel wesentlich beteiligt ist. Andererseits kann man im Kohlenpott von Transporteuren "rühmen" hören, die 1948 noch mit einem alten Karren mit Holzgasantrieb schoben und heute über ein rundes Dutzend kompletter Lastzüge verfügen, nachweislich sämtlich aus früherem und neuestem verbotenen Kohlenhandel!

10,- bis 15,- M Gewinn pro Tonne

Der Verdienstvorteil ist klar: An der Deputatkohle verdient der Schwarzhandel rd. M 30,-, an Kohlen minderer Qualität aus Stollenbetrieben (eine Art schwarzer Zechen) noch mehr. Der Gewinn des amtlich kontrollierten Kohlenhandels beträgt ungefähr 10,- bis 15,- M je Tonne. Dem gegenüber ist der Verbraucher in der schwierigen Situation, entweder zu verstehen, warum es richtiger ist, die teurere Kohle zu kaufen - oder sich mit einer Ware einzudecken, die "zu billig" ist. Man kann nicht behaupten, daß dieser Schwarzmarkt sonderlich unpopulär ist, oder daß der Normalverbraucher von einst in diesem Falle Wert darauf legt, für intelligent gehalten zu werden und tiefer ins Portemonnaie zu greifen! Die Kohlenhandelsverbände und die Ruhrkohlen-Verkaufsorganisationen in Essen machen sich ernste Sorgen. Schon hört man von Kohlenhändlern, die verzweifelt die verpönte Notleine zogen und, um in diesem unberechenbaren Winter überhaupt nennenswerte Umsätze zu erzielen, selbst an dem Verkauf der verbotenen Kohle teilnahmen.

Pferdefuß der Montan-Union

Seit die Bundesregierung als Mitglied der Montan-Union ihre Kohlenpreise heraufsetzen mußte, damit sie nicht zu günstigeren Bedingungen verkaufen konnte als die anderen Partner-Länder, gibt es zwei Preise: Einen für die Industrie, den anderen für den Hausbrand. Diese Preisspaltung wird von kompetenter Seite in Essen für die kritische Lage im Kohlenverkauf (und damit zum Teil für den Schwarzhandel) mitverantwortlich gemacht. Das Durcheinander der Preise wird noch erhöht durch die bekannten Listen, in die man sich bei seinem Händler eintragen ließ, um 20 Zentner Kohle sicher zu haben, und zwar zum herabgesetzten Hausbrandpreis! In den Kohle-Verwaltungsstellen in Essen werden erhebliche Zweifel an dieser Berechnungsart laut: "Die Folge ist doch, daß z.B. ein Haushalt eine Tonne zu verbilligtem Preis kaufen kann und für die übrigen benötigten Kohlen den erhöhten Preis zahlen muß". Ein anderer Sprecher in Sachen Kohle fragt: "Bitte, schauen Sie auf Ihre Preiszettel! Haben Sie Ihre 20 Zentner dies Jahr zum regierungsgestützten ermäßigten oder zum höheren Preis bekommen? Was nutzen die alten Listen in dieser verfahrenen Situation? Wer steht noch drauf, was geschieht mit den verbilligten Kohlen der Leute, die noch draufstehen, inzwischen aber längst woanders wohnen oder kaufen? Glauben Sie, daß sie billig an andere Käufer abgegeben werden?"

Hier hat man den seltenen Fall, daß sich vox populi und Verwaltung in ihren Argumenten brüderlich einig sind. Und wenn die Regierung im Mai d.J. zu einer Erhöhung der Kohlenpreise Veranlassung hatte, "weil die Ertragslage der Zechen gefährdet war", so schüttelt der kleine Mann, der so viel bemühte, den Kopf und fragt: "Na und jetzt? Ist sie jetzt nicht mehr gefährdet, nachdem die erhöhten Kohlenpreise das Krebsleiden eines Schwarzen Marktes hervorgebracht haben?"

Im Gesetz nicht vorgesehen

Überlegungen dieser Art braucht man nicht am Schreibtisch zu ergrübeln, wenn man um diese Zeit durch das Revier an der Ruhr reist. Die Stichworte werden einem freimütig mitgegeben von allen, die mit

Kohle zu tun haben. Und wer hätte das dort nicht? Nicht zuletzt das Sonderdezernat zur Bekämpfung des Kohlenschwarzhandels in Essen mit seinem Staatsanwalt Dr. Bolley an der Spitze. Diese Instanz konnte vor drei, vier Jahren sich wenigstens noch auf Paragraphen stützen, als sie mit großen Erfolgen an die Arbeit ging. Schwarzhandel mit Wucherpreisen, das war ein klarer Fall. Aber jetzt? Schwarzhandel mit Unterpreisen - was ist das? Pure Menschenfreundlichkeit? Auch hier ist ein Schräubchen nicht fest genug angezogen, wie bei der Verstärkung des Entgelts für nicht abgeholte Deputatkohle. Im Gesetz ist ein solcher Tatbestand nicht vorgesehen. Dr. Bolley hat aber in diesen Tagen das Schräubchen fester angezogen. 800 Tonnen "schwarzer" Kohle ließ er sicherstellen und drei bekannte illegale Händler dazu. Wegen Vergehen gegen das Buchführungsgesetz ("Kauf ohne ordnungsgemäße Rechnung") ...

Heinz Koar

+ + +

"Selbstfinanzierung" als Wahl-Köpenickiade

R.D. Die Millionen-Wahlgelder der Koalitionsparteien - finanzielle Dankadressen der Wirtschaft für die im vergangenen Bundestag durch diese Parteien geschaffenen oft undurchschaubaren Möglichkeiten der "Selbstfinanzierung" der Wirtschaft - flossen auf zumeist ebenso undurchsichtigen Wegen in die Kassen der Parteien. Kein Wunder, wenn diese Undurchsichtigkeit der Quellen und der Verwendungszwecke charakterlich schwankende Persönlichkeiten dazu verleitet, diese aus der Selbstfinanzierung der Wirtschaft gekommenen Gelder wieder ihrem Ursprungszweck zuzuführen: Der individuellen Selbstfinanzierung der "Empfänger".

Drei Monate nach der Wahl lesen wir in der Osnabrücker "Neue Tagespost" vom 12.12.53 nachfolgende Notiz:

"Auf der Spur eines Großbetrügers ?"

In der Bundesrepublik läuft zur Zeit eine Fahndung der Kriminalpolizei nach dem angeblichen Amtsgerichtsrat a.D. Erich Schmalz. Schmalz war im Bundeswahlkampf in Niedersachsen in verschiedenen Städten als Wahlredner aufgetreten und hatte dabei angegeben, Beauftragter des Bundeskanzlers zu sein. Mit diesen Behauptungen operierte er auch bei einer größeren Anzahl von Parteidienststellen, die sich von Schmalz irreführen ließen und ihm Beträge bis zu 2000,- M anshändigten. Auch in Osnabrück tauchte Schmalz auf und ließ sich dort bei

einer Firma einen Personenwagen, mit dem er spurlos verschwunden ist. In Bonn wurde inzwischen durch Ermittlungen festgestellt, daß die Behauptungen von Schmalz, er gehöre zum Bundeskanzleramt und sei Beauftragter des Bundeskanzlers, völlig aus der Luft gegriffen sind. In den betreffenden Kreisen ist Schmalz überhaupt nicht bekannt. Es besteht der Verdacht, daß er sich nach seinen Betrügereien in Niedersachsen gemeinsam mit einer Frau, die belgische Staatsangehörige sein soll, nach Belgien abgesetzt hat. Die Fehndung nach Schmalz läuft inzwischen auch in den westlichen Nachbarländern der Bundesrepublik".

Aber die "Neue Tagespost" war in einigen Punkten schlecht unterrichtet. Schmalz gehörte der Zonenleitung der CDU der britischen Zone an und war 1. Vorsitzender der "Ersten Legion", einer Organisation, die sich einmal annahm, das politische Leben im Nachkriegs-Deutschland unter ihre Führungskontrolle zu nehmen. In der "Welt" vom 2.2.51 schrieb E. Schmalz darüber: "Indem sich die Erste Legion zu einer starken Staatsautorität bekennt, will sie die Unterordnung der Teilinteressen unter die Forderung des Gemeinwohls... Sie sieht die Rechte des Staatsbürgers unlöslich verknüpft mit seinen Pflichten. Sie will ihn schützen vor den Managern und Funktionären des kollektiven Massenstaates". Wie sind uns doch diese Töne bekannt!

Erklärlich, daß die "Neue Tagespost" schlecht unterrichtet wurde, denn im Bundeskanzleramt wäre man lieber mit diesem ehemals prominenten CDU-Mitglied nicht bekannt. Es ist auch unwahrscheinlich, daß Schmalz sich in das Ausland abgesetzt hat. Aber vielleicht merken wir uns einmal, daß immer jene am wenigsten bereit sind auf individuelle Vorteile zugunsten der Gemeinschaft zu verzichten, die die Gemeinschaft zugleich als Kollektivismus diffamieren. Wie ersichtlich, sind sie notfalls sogar bereit, ihre Teilinteressen auf kriminelle Weise durchzusetzen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau